

Abschiebung Der Bruch eines Kirchenasyls durch die Ausländerbehörde in Nettetal schlug hohe Wellen – und könnte es am Ende stärken

Staatlich geduldeter Ungehorsam

VON LENA HEISING

Nettetal. Es war sechs Uhr morgens, als die Ausländerbehörde mit dem Ordnungsamt in das Gemeindehaus in Nettetal eindrang, in dem ein kurdisches Ehepaar im Kirchenasyl lebte. Sie brachen die erste Tür auf, zeigten der von dem Paar alarmierten Pfarrerin einen richterlichen Beschluss, weshalb diese die andere Tür öffnete. Das kurdische Paar war 2021 aus dem Nordirak nach Polen geflohen. Dort seien sie von den polnischen Behörden unmenschlich behandelt und geschlagen worden, begründeten sie ihre Ausreise nach Deutschland. Seit Mai garantierte die evangelische Kirchengemeinde Lobberrich/Hinsbeck in Nettetal, Kreis Viersen, ihnen Kirchenasyl.

Die Frau erlitt noch im Gemeindezentrum einen Zusammenbruch, ein Amtsarzt bescheinigte ihr trotzdem die Reisefähigkeit. „Wir holen euch zurück“, versprach die Pfarrerin dem Paar. Nichts da,



Demonstration gegen Abschiebungen in Köln: Das Kirchenasyl lässt Milde zu, wenn die Gesetzeslage hart ist. Foto: Uwe Weiser

„Mittlerweile kriegen wir pro Tag zwischen 15 und 20 Anfragen

Benedikt Kern,
Netzwerk Kirchenasyl

habe der Leiter der Ausländerbehörde der Pfarrerin zufolge erwidert.

Am Flughafen, wo sie und ihr Ehemann in einen Flieger nach Polen steigen sollten, brach sie erneut zusammen. Die Bundespolizei stoppte die Abschiebung. Die Ausländerbehörde beantragte einen Haftbefehl, die Eheleute kamen nach Darmstadt, in Abschiebehaft. „Das ist hochgradig unverschämte, was hier passiert ist“, sagt Elke Langer, Pfarrerin der evangelischen Kirchengemeinde. „Schikane, würde ich sagen.“

Der Vorfall löste bundesweit Kritik aus. Aus Sicht des Netzwerks Kirchenasyl hat die Ausländerbehörde mit dem Bruch des Kirchenasyls eine rote Linie überschritten. Gegen ein Gesetz verstoßen haben die Behörden vermutlich nicht. Das Kirchenasyl ist eine Form des zivilen Ungehorsams, das vom Staat aus Respekt vor den christlichen Werten geduldet wird.

Im Jahr 2015 schlossen die katholische und evangelische Kirche eine Vereinbarung mit dem Bundesamt für Migration, Kirchengemeinden melden seither bei ihnen aufgenommenen Geflüchtete noch am Tag der Aufnahme an das Bundesamt, legen den Kontakt zu einer Ansprechperson bei und schicken eine ausführliche Begründung für die Aufnahme hinterher.

Asyl hat im Christentum eine jahrtausende alte Tradition. „Es stammt aus dem Judentum, wo Menschen zum Altar flüchten konnten und dort vor der Blutrache verschont waren“, sagt Pfarrerin Langer. Das Kirchenasyl in seiner heutigen Form als politische Bewegung entstand 1983: Die Heilig-Kreuz-Kirche in Berlin gewährte einer palästinensischen Familie, der die Abschiebung drohte, das erste Kirchenasyl. Sie begründete ihre Entscheidung mit dem Tod eines türkischen Geflüchteten, der sich kurz zuvor wegen seiner drohenden Abschiebung aus dem Fenster eines Berliner Gerichtsgebäudes gestürzt hatte.

Die meisten Menschen im Kirchenasyl sind sogenannte „Dublin-Fälle“: Geflüchtete müssen ihr Asyl-Verfahren in dem EU-Land durchlaufen, das sie als erstes erreicht haben. Im Fall des Vierer-Paares war dies Polen. Erst, wenn sie sechs Monate in Deutschland gelebt haben, können sie das Asylverfahren hier durchlaufen. Angesichts der vielen Abschiebungen nach Bulgarien, Polen und Rumänien, wo gegen die Rechte der Geflüchteten regelmäßig verstoßen werde, so das Netzwerk Kirchenasyl, würden Ei-

nige Schutz im Kirchenasyl suchen.

„Wir richten nur Kirchenasyl ein, wenn wir den begründeten Verdacht haben, dass vorher Fehler passiert sind“, sagt Pfarrerin Langer. Dadurch haben die Geflüchteten eine Chance, Missverständnisse zu klären, neue Dokumente zu sammeln, und auf eine Wiederaufnahme ihres Asylverfahrens oder die Härtefallprüfung hinzuwirken. Das Kirchenasyl werde vom Staat respektiert, weil es Milde zulässt, wenn die Gesetzeslage hart, manchmal vielleicht zu hart ist.

In Köln leben derzeit 36 Menschen im Kirchenasyl, bundesweit sind es 655, darunter 136 Kinder. 405 von ihnen sind sogenannte „Dublin-Fälle“. Dieses Jahr wurden bereits 285 Kirchenasyle beendet. „Mittlerweile kriegen wir pro Tag zwischen 15 und 20 Anfragen“, sagt Benedikt Kern vom Netzwerk Kirchenasyl. „Vor fünf, sechs Jahren hatten wir pro Woche vielleicht 20 Anfragen.“ In etwa zehn Prozent der Fälle wird Kirchenasyl gewährt.

In den letzten zwölf Monaten erhielten 99 Prozent der Menschen, die zuvor im Kirchenasyl lebten, eine Aufenthaltsgenehmigung. In wenigen Ausnahmen wurde die Person abgeschoben. Das Paar verbrachte zwei Wochen in Abschiebehaft in Darmstadt. Währenddessen demonstrierten Bürger in Viersen gegen den Bruch des Kirchenasyls, es kam zu

Gesprächen der Landeskirche und dem NRW-Flüchtlingsministerium. Letztlich forderte die Bürgermeisterin von Viersen die Ausländerbehörde auf, den Haftantrag zurückzunehmen. Heute lebt das Paar in einer Flüchtlingsunterkunft in Viersen und wird das Asylverfahren in Deutschland durchlaufen.

Das NRW-Ministerium für Flucht und Integration schreibt auf Anfrage, sie hätten erst am 11. Juli, also einen Tag später, „von dem Einzelfall erfahren.“

Unmittelbar danach hätte das Ministerium den Sachverhalt mit den beteiligten Akteuren aufgeklärt. „Das Land hat sich in den Prozess vor Ort aktiv eingebracht und stets betont, dass das Institut des Kirchenasyls einen wichtigen Beitrag leistet, um in schwierigen Einzelfällen Lösungen zu finden, die auf der einen Seite den rechtlichen Rahmen wahren und gleichzeitig besondere Härten verhindern können.“

Unabhängig davon werde die Landesregierung den Erlass erneuern und die „weiterhin vertretene Rechtsauffassung des Landes zu Fällen des Kirchenasyls“ aufbereiten. „Daneben ist die Kommunikation der beteiligten Akteure ein Schlüssel, um Situationen wie zuletzt in der Ausländerbehörde Viersen zu vermeiden.“

Wieso das Kirchenasyl gebrochen wurde, scheint bis heute nicht endgültig ge-

klärt. Pfarrerin Langer zeigt sich auch Wochen nach dem Vorfall „fassungslos“. „Nicht reden, nicht anknöpfen, einfach einbrechen“ – so hätten die Behörden damals gehandelt. Die Stadt Viersen verteidigt das Vorgehen und beschuldigt die Geflüchtete, die Zusammenbrüche nur vorgetäuscht zu haben. Nach gesicherten Informationen dieser Zeitung leidet sie jedoch unter einer ärztlich diagnostizierten posttraumatischen Belastungsstörung und Depression.

Die Ausländerbehörde habe „trotz der fehlenden formalen Feststellung die geltenden Regelungen zum Kirchenasyl während des gesamten Verfahrens beachtet“, so die Stadt Viersen. Die Kirchengemeinde widerspricht dieser Darstellung und beteuert, das Kirchenasyl rechtzeitig angemeldet zu haben.

Am Ende nutzte die Behörde offenbar auch eine Regelungslücke: Ein Erlass der Landesregierung, wonach die Räumung eines Kirchenasyls nur auf ausdrückliche Anordnung des Bundesministeriums für Migration erfolgen darf, war zuvor ausgefallen. Laut der Stellungnahme der Stadt Viersen fiel die Entscheidung, die Abschiebehaft zu beenden, deshalb aus politischen Gründen: Die Landesregierung vertrete die Auffassung, die in dem Erlass festgelegten Regeln müssten weiter gelten und wird dazu Gespräche mit den Kirchen führen. Um diese nicht zu belasten, habe das Ministerium die Bürgermeisterin gebeten, die Abschiebung auszusetzen.

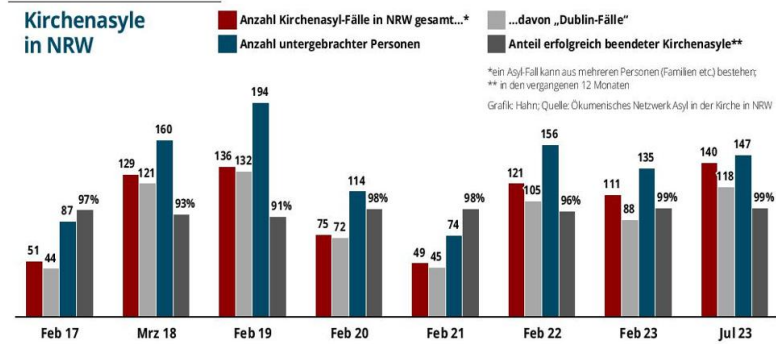
Für Pfarrerin Langer besteht in dem, was am 10. Juli geschah, keine grundsätzliche Gefahr für das Kirchenasyl. Im Gegenteil: „Nachdem es gebrochen und die Entscheidung anschließend zurückgenommen wurde, ist der Respekt vor dem Kirchenasyl eher gestiegen.“



„Wir richten nur Kirchenasyl ein, wenn wir den begründeten Verdacht haben, dass vorher Fehler passiert sind“

Pfarrerin Elke Langer

Kirchenasyle in NRW



Blumenthal soll auf Philipp folgen

Neuaufstellung der Landtagsfraktion der SPD – Künftig zwei Geschäftsführer

VON GERHARD VOOGT

Ina Blumenthal soll neue Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion werden. Ein Sprecher bestätigte dem „Kölnener Stadt-Anzeiger“ auf Anfrage, dass Fraktionschef Jochen Ott diesen Personalvorschlag am Dienstag bei der Sitzung der Landtagsfraktion unterbreitet hat. Geschäftsführer der Fraktion soll danach der Abgeordnete André Stinka werden.

Blumenthal ist bislang medienpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion. Die 42-jährige aus Gevelsberg gehört dem Landtag erst seit 2022 an. Sie tritt die Nachfolge von Sarah Philipp an, die am Wochenende in Münster zur Co-Parteivorsitzenden der NRW-SPD gewählt worden war. Als Parlamentarische Geschäftsführerin soll Blumenthal die rechte Hand von Fraktionschef Ott werden. Zu ihren Aufgaben gehört es, den parlamentarischen Betrieb zu organisieren.

Abstimmung nächste Woche

Stinka ist ein SPD-Urgesteiner war bereits 2005 erstmals ins Landesparlament eingezogen. Der Politiker war in der Regierungszeit von Hannelore Kraft Generalsekretär der NRW-SPD. Der 58-Jährige aus dem Münsterland soll die Personalführung in der Fraktion übernehmen. Bislang übte Philipp beiden Aufgaben aus – künftig soll die Fraktionsgeschäftsführung auf zwei Köpfe verteilt werden. Stinka war in Münster als Landesschatzmeister im Amt bestätigt worden.

In der nächsten Woche soll die Fraktion über den Personalvorschlag abstimmen. Ott



Ina Blumenthal

Foto: picture alliance/dpa

gratulierte Philipp und Stinka zum erfolgreichen Abscheiden beim Landesparteitag am Wochenende, auch Frederick Cordes wurde geehrt, der in Münster zum neuen Generalsekretär der NRW-SPD gewählt worden war. „Wir sind in einer Zeit, in der wir uns in einem großen gesellschaftlichen Umbau befinden. Die Sozialdemokratie wird gebraucht, um die Zukunft demokratischer, gerechter und besser zu machen als das, was die Feinde der Freiheit zu bieten haben. Gemeinsam wollen wir die neue SPD im Westen zu alter Stärke zurückzuführen“, sagte Ott.